

Versuch, das alles politisch führen zu wollen, sei demzufolge ein Eingriff in diese Gesetze und Mechanismen und wäre deshalb schon von vornherein zum Scheitern verurteilt.

Natürlich ist - wie die nun fast vierzigjährige Geschichte der DDR nachdrücklich zeigt - die politische Führung der Gesellschaft durch unsere Partei nicht alternativ zum Wirken gesellschaftlicher Gesetze zu verstehen. Ein Grundanliegen der politischen Führung durch die SED besteht gerade darin, die Bedingungen für die immer bewußtere Durchsetzung all dieser Gesetze zu schaffen, zu vervollkommen. Das geht nur im kollektiven Wirken der Parteien, der sozialistischen Staatsmacht, der Massenorganisationen. Dieses Zusammenwirken erfordert aber eine einheitliche Orientierung auf die entscheidenden Schwerpunkte, eben die politische Führung durch die marxistisch-leninistische Partei. Ihr Wesen besteht dabei darin, bei jeder Entscheidung auf jeder Ebene die Realisierung der Interessen zu garantieren, die die Werktätigen mit dem Sozialismus verbinden. Darum bezeichnete der XI. Parteitag die Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik als Hauptinhalt politischer Führung, weil darin konzentriert das elementare Gesellschaftsinteresse der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten zum Ausdruck kommt.

7. Das Programm der SED bezeichnet die weitere Entfaltung und Vervollkommnung der sozialistischen Demokratie als die „Haupttrichtung, in der sich die sozialistische Staatsmacht entwickelt“<sup>5</sup>. Die SED vertritt also nicht eine Position, daß sich die Demokratie vorwiegend außerhalb der Staatsmacht - also im Bereich der gesellschaftlichen Organisationen - entwickle oder daß der Staat schrittweise Funktionen an gesellschaftliche Organisationsformen abgeben müsse.

Im Gegenteil: Alle Erfahrungen

führen die SED zu der Feststellung, daß die allseitige Stärkung der sozialistischen Staatsmacht der Garant dafür ist, die Übereinstimmung von gesellschaftlichen, kollektiven und individuellen Interessen herzustellen. Deshalb vertreten wir den Standpunkt, daß der staatliche Entscheidungs- und Leitungsprozeß selbst das wichtigste Feld gesellschaftlicher Mitentscheidung

### Zusammensetzung der örtlichen Volksvertretungen

|                | Anzahl der Abgeordneten | %     |
|----------------|-------------------------|-------|
| insgesamt      | 206 252                 | 100,0 |
| nominiert von: |                         |       |
| SED            | 66 460                  | 32,2  |
| DBD            | 16 032                  | 7,8   |
| CDU            | 12 918                  | 6,3   |
| LDPD           | 8 355                   | 4,1   |
| NDPD           | 7 975                   | 3,9   |
| FDGB           | 30 590                  | 14,8  |
| DFD            | 20 491                  | 9,9   |
| FDJ            | 21 498                  | 10,6  |
| KB             | 2 721                   | 1,3   |
| VdGB           | 12 899                  | 6,3   |
| Konsum         | 5 863-                  | 2,8   |

und Mitwirkung ist und in dieser Richtung ständig vervollkommen werden muß.

Insofern wird der Tätigkeit der gewählten Volksvertretungen, der Abgeordneten, der Kommissionen und Aktivs, generell der bürgernahen Kommunalpolitik, den vielfältigen demokratischen Mitentscheidungs- und Iyitgestaltungsmöglichkeiten der Werktätigen bei der Leitung und Planung der ökonomischen Entwicklung bzw. des sozialen Fortschritts so große Bedeutung beigemessen.

In diesem Sinne unterstrich der

XI. Parteitag: Die Vervollkommnung der sozialistischen Demokratie vollzieht sich in der materiellen Produktion „bis hin zum Arbeitskollektiv vor allem über den Ausbau der Rechte und der Verantwortung der Gewerkschaften“<sup>6</sup>. Auf der 7. Tagung des ZK wurde dies noch einmal bekräftigt. Hervorgehoben wurde die Rolle der Gewerkschaften als „Partner in der sozialistischen Leitungstätigkeit ... und zwar aktive und konstruktive Partner, die selbst Vorschläge zur Erhöhung der Leistungen unterbreiten und zugleich umfassend die Interessen der Werktätigen, einschließlich der Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen, wahren“<sup>7</sup>.

Dieses klare strategische Konzept führte zu jenem hohen Wirkungsgrad der sozialistischen Demokratie in der DDR, der sich sowohl in wissenschaftlich-technischer Dynamik, ökonomischem Fortschritt und sozialer Sicherheit als auch in politischer Stabilität und Aktivität niederschlägt. Verbunden mit den vielfältigen realen demokratischen Errungenschaften erweist sich das strategische Fundament als solide Voraussetzung für die weitere Entfaltung und Vervollkommnung der sozialistischen Demokratie in der DDR. Mit den Kommunalwahlen am 7. Mai 1989 wird dazu ein weiterer Schritt getan.

Dr. sc. Peter Zotl

Forschungsbereichsleiter am  
Institut für Wissenschaftlichen  
Kommunismus der  
Akademie für Gesellschaftswissenschaften  
beim ZK der SED

1) Programm der SED. Dietz Verlag Berlin, 1986, S. 25.

2) Marx/Engels, Werke, Bd. 4, S. 482.

3) Ebenda, Bd. 16, S. 77.

4) Lenin, Werke, Bd. 6, S. 40.

5) Programm der SED, a. a. O., S. 56.

6) XI. Parteitag der SED, Dietz Verlag Berlin, 1986, S. 76.

7) 7. Tagung des ZK der SED, Dietz Verlag Berlin, 1988, S. 51.